

Massnahmenpaket 3.0 genehmigt – Winzer, Brauer und Getränkezulieferer dürfen hoffen

Wirtschaft Landtag und Regierung halten Wort: Angesichts der Coronapandemie hat der Landtag gestern grünes Licht für weitere Hilfsmassnahmen gegeben.

VON HOLGER FRANKE

Wenn es in diesen unsicheren Zeiten, so etwas wie beruhigende Stabilität gibt, dann dürfte der Landtag dazugehören. Einstimmig, ohne jeden Einwand, gaben die 25 Abgeordneten gestern Abend erwartungsgemäss ihre Zustimmung zum Massnahmenpaket 3.0 der Regierung, mit dem zumindest die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen der Coronaviruspandemie eingedämmt werden sollen. «Wenn Sie Geld brauchen, wenn Sie im Dezember nochmals kommen müssen, dann kommen Sie. Es ist wichtig, das wir positive Signale aussenden, so wie Sie das nun machen», sagte der FDP-Abgeordnete Eugen Nägele an die Adresse von Wirtschaftsminister Daniel Risch, der für die schnelle Ausarbeitung der neuen Hilfsmassnahmen viel Zustimmung entgegennehmen konnte. «Ich bin überzeugt, dass der Landtag Wort halten wird», hatte der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser die Unterstützung des Parlaments schon quasi zugesichert.

Gespräche auf vielen Ebenen

Das Massnahmenpaket 3.0 sieht zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus eine weitere Verlängerung der Corona-bedingten Kurzarbeitsentschädigung bis Ende Juni 2021 vor, um den betroffenen Unternehmen die nötige Planungssicherheit zu geben und möglichst viele Arbeitsplätze und Unternehmen für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie zu erhalten. Neben einer Verlängerung der Geltungsdauer wurden auch die Rechtsgrundlagen da-



Daniel Oehry berichtete von Hilferufen aus einzelnen Zulieferbranchen der Gastronomie. (Foto: Michael Zanghellini)

für geschaffen, um bei Bedarf weitere Erleichterungen sowohl auf materiell-rechtlicher Ebene als auch verfahrenstechnischer Art zu ermöglichen. Zusätzlich soll auch die Ausrichtung des COVID-19-Taggelds bis Ende Juni 2021 verlängert werden. Darüber hinaus sollen Unternehmen, welche in Branchen tätig sind, die aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen

Tätigkeit von den Folgen der COVID-19-Pandemie längerfristig besonders betroffen sind, für das 4. Quartal 2020 und das 1. Quartal 2021 im Sinne einer Härtefallregelung zusätzlich finanziell unterstützt werden können (das «Volksblatt» berichtete am Mittwoch). Vor allem um die Härtefallregelung rankten sich gestern eine Vielzahl von Fragen. «Gesunde Unternehmen dürfen nicht durch Corona in den Konkurs getrieben werden», machte der FDP Abgeordnete Wendelin Lampert deutlich.

«Gesunde Unternehmen dürfen nicht durch Corona in den Konkurs getrieben werden.»

WENDELIN LAMPERT
ABGEORDNETER (FDP)

Es ging dabei vor allem um die Brauer, Winzer und Getränkezulieferer im Land. «Die Winzer können wohl keine Kurzarbeit anmelden, die Reben wachsen ja weiter. Aber der Weinkeller ist voll, da der Verkauf durch Ausfälle von Events und Grossveranstaltungen eingeschränkt ist», verdeutlichte Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU).

FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry, berichtete von Hilferufen aus diesen Branchen, da die Betriebe wegen der behördlich angeordneten Schliessung der Gastronomie bis zu 90 Prozent Umsatzeinbrüche verzeichnen würden. Und schliesslich soll das Leben auch nach Corona weitergehen. «Ich möchte auch nach Corona heimische Biere und Weine geniessen können», verdeutlichte Christoph Wenaweser (VU). Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch wollte sich zwar noch nicht ganz konkret

festlegen, liess aber durchblicken, dass eine Lösung für diese Berufsgruppen gesucht werde. «Wir sind uns dessen bewusst und es werden Gespräche geführt, wie die Unterstützung aussehen könnte», sagte der Wirtschaftsminister. Einfach soll es sein. Aber bei den Umsätzen zu helfen, sei eher nicht das Ziel. Vielmehr bei den Betriebs- und Fixkosten. Risch symbolisierte das Dilemma anhand der Fitnessbranche: So sei die Lage für Fitnesscenter eine andere als bei Personal Trainern. «Einzelfalllösungen über das Land finde ich grundsätzlich schwierig», sagte Risch. Jene Einzelfälle könnten möglicherweise - wie bereits im Frühjahr - besser in den Gemeinden gelöst werden. Auch hier sind offenbar bereits wieder entsprechende Gespräche im Gange. Der Landtag setzte in der Frage der Krisenbewältigung gestern einmal mehr ein wichtiges Signal, das Wendelin Lampert auf den Punkt brachte: «Ich möchte nicht für die Konkurse verantwortlich sein.» Ob es reichen wird, bleibt abzuwarten.